

Das neoliberale Weltbild - wissenschaftliche Konstruktion von „Sachzwängen“ zur Förderung und Legitimation sozialer Ungleichheit

Stephan Schulmeister

Anmerkungen zum Verhältnis Neoliberalismus - Finanzkapitalismus - Globalisierung

Dieser Aufsatz versucht, die wesentlichen Aspekte des Neoliberalismus als sozialphilosophische und wirtschaftswissenschaftliche Doktrin sowie als Leitlinie für die Politik zusammenzufassen und die gesellschaftlichen Folgen ihrer (partiellen) Umsetzung herauszuarbeiten. Dabei soll dem Verhältnis zwischen Neoliberalismus und dem Finanzkapitalismus einerseits und der Globalisierung andererseits besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Denn diese beiden „Regimes“ stellen jene großen „Sachzwänge“ dar, welche vielen als Hauptursachen für die sich seit 25 Jahren langsam vertiefende Krise in den europäischen Sozialstaaten erscheinen.

Angesichts der Breite des Spektrums werde ich die wichtigsten Aspekte wie den „Wahrnehmungsraster“ des Neoliberalismus, seine Position im Kontext der wirtschaftswissenschaftlichen Schulen, seine sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen sowie die Gewinner und Verlierer ihrer Umsetzung sehr komprimiert darstellen. Der Aufsatz stellt deshalb einen Essay im wörtlichen und übertragenen Sinn dar.

Zu Begriff, Entstehung und Ausbreitung des Neoliberalismus

Unter Neoliberalismus wird in diesem Essay jene Doktrin verstanden, welche seit Ende der 1930er Jahre von Ökonomen unterschiedlicher Schulen wie Ludwig von Mises und Friedrich A. von Hayek (österreichische Schule), Wilhelm Röpke, Walter Eucken und Alfred Müller-Armack (ordoliberaler bzw. Freiburger Schule) oder Milton Friedman und Gary S. Becker (Schule von Chicago) entwickelt wurde. Das gemeinsame Ziel dieser Schulen war es, den durch die Weltwirtschaftskrise in Misskredit geratenen Kapitalismus zunächst zu verteidigen, und dann in einer Gegenoffensive den Wohlfahrtsstaat und seine theoretische Basis, den Keynesianismus, als „Weg zur Knechtschaft“ darzustellen bzw. zu „entlarven“. Auf Grund dieser strategischen Zielsetzung wurde ein radikal kapitalistisch-marktwirtschaftliches Konzept entwickelt, das wesentlich über die Positionen des klassischen Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts hinausging (darauf komme ich noch zurück).

Diese Zielsetzung wurde auf zwei Ebenen verfolgt. Erstens auf der Ebene der intellektuellen Propaganda, insbesondere durch Gründung von „Think Tanks“ wie dem Cato Institute bzw. der Heritage Foundation in den USA oder

dem Adam Smith Institute bzw. dem Institute of Economic Affairs in England. Als zentrale „Drehsscheibe“ für diese auch in anderen Ländern gegründeten Think Tanks – finanziert von großen Unternehmen und vermögenden „Privatiers“ – fungierte die Mont Pelerin Society. Diese wurde 1947 gegründet und umfasste alles, was als neoliberale „Avantgarde“ Rang und Namen hatte, unter anderen auch eine große Zahl späterer Nobelpreisträger wie Hayek, Friedman, Buchanan oder Becker.¹

Die zweite Ebene der neoliberalen (Gegen)Offensive war jene der Wirtschaftswissenschaft. Zwei Denkschulen waren bei weitem am erfolgreichsten in der wissenschaftlichen Legitimation bzw. Fundierung der politischen Ziele bzw. Interessen des Neoliberalismus: Der Monetarismus der Schule von Chicago und der „Hayek-Zweig“ der Österreichischen Schule (mit ihren jeweiligen „Galionsfiguren“ Friedman und Hayek). Beide Schulen erheben die gleichen politischen Forderungen, die sich insbesondere gegen den Sozialstaat und die Gewerkschaften richten. Diese Forderungen werden allerdings aus sehr unterschiedlichen Annahmen über Erwartungsbildung und Marktprozesse abgeleitet (siehe dazu etwa Friedman, 1968 und 1984, bzw. Hayek, 1945 und 1948).

Nach monetaristischer Theorie tendiert eine Marktwirtschaft zu einem (allgemeinen) Gleichgewicht; dies setzt voraus, dass (fast) alle Akteure ihre Erwartungen rational bilden (also gemäß dem Gleichgewichtsmodell) und dass sie hinreichend mit Information ausgestattet sind. Bei Hayek stellt der Markt umgekehrt ein Such- und Entdeckungsverfahren dar, dessen Dynamik jede Konvergenz zu stabilen Gleichgewichten ausschließt. Die Überlegenheit des Markts gegenüber dem System Politik resultiert daraus, dass die einzelnen Akteure höchst unzureichend mit Information ausgestattet sind. Trotz dieser gegensätzlichen Annahmen leiten beide Schulen aus ihren Modellen die gleichen Schlussfolgerungen ab: Das gemeinsame Erkenntnisinteresse geleitet sie auf unterschiedlichen Wegen zum gleichen (politischen) Ziel.²

Der Aufstieg des Neoliberalismus soll zunächst im Kontext des langfristigen Entwicklungszyklus seit den 1930er Jahren skizziert werden (siehe dazu auch

¹ Wie neoliberale Intellektuelle über Jahrzehnte die Hegemonie ihres Gesellschaftskonzepts „produzierten“, und zwar nicht nur durch harte (Kopf)Arbeit, sondern auch durch konsequentes „Networking“ untersuchen Dixon (2000) und George (1997). Kritiker des Neoliberalismus sollten davon lernen, wie erfolgreich neoliberale Intellektuelle im Interesse des Kapitals das Konzept eines Marxisten anwendeten, nämlich jenes der „kulturellen Hegemonie“ von Gramsci (1975).

² Eine umfassende und instruktive Darstellung des Neoliberalismus, seiner Position in der ökonomischen Dogmengeschichte und seiner Interessengebundenheit bieten Schul-Blankenburg (2002). In kompakter – und ironischer – Form deckt Rothschild (2003) die Interessengebundenheit des ideologischen Hauptwerks von Friedman (1984) auf.

Schulmeister, 1998, bzw. die Ausführungen im Abschnitt „Neoliberalismus und Finanzkapitalismus“).

Durch die Weltwirtschaftskrise und ihre katastrophalen Folgen war die Doktrin des „Laissez-faire“ in Misskredit geraten. Denn die Instabilität der „freien“ Finanzmärkte (Börsencrash 1929), die Sparpolitik und damit der Verzicht auf eine Ausweitung der staatlichen Nachfrage, hatten gemeinsam mit der Konkurrenz der Volkswirtschaften gegeneinander (insbesondere durch Abwertungswettläufe) die Krise ausgelöst und danach drastisch vertieft (nicht jedoch in Ländern wie Schweden, welche eine aktive Nachfragepolitik verfolgten).

Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Krise resultierte in einer neuen Theorie, dem Keynesianismus (Keynes, 1936). Sie zeigte die Notwendigkeit einer aktiven Wirtschafts- und Sozialpolitik auf und richtete sich daher gegen das „laissez-faire“.

In der Prosperitätsphase der Nachkriegszeit – dieses „golden age“ umfasste im Wesentlichen die 1950er und 1970er Jahre – dominierte der Keynesianismus, die neoliberale Doktrin blieb im Abseits. Auf Grund der Aufarbeitung der Weltwirtschaftskrise sowie wegen des mit dem Kalten Krieg verbundenen „Systemwettbewerbs“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus unterstützten die Eliten in Wissenschaft, Medien und Politik einen „Kapitalismus mit menschlichem Gesicht“: Eine Kombination von „realkapitalistischer“ Marktwirtschaft (die Finanzmärkte blieben reguliert) und wirtschaftspolitisch aktivem Sozialstaat auf der theoretischen Grundlage des Keynesianismus. In Westeuropa nahm diese Kombination die Gestalt des „Europäische Sozialmodells“ an, wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen. Der historisch einmalige Erfolg dieses Modells bewirkte, dass die Losungen der Neoliberalen kaum beachtet wurden. So bereiteten die neoliberalen Ökonomen im Abseits die theoretischen Konzepte für ihren Gegenangriff vor. Dafür mussten sich allerdings erst günstigere Bedingungen einstellen.

Dies ermöglichte paradoxerweise der Erfolg des Keynesianismus. Bereits um 1960 wurde Vollbeschäftigung erreicht, die Gewerkschaften gingen nun in die Offensive: Mitbestimmung und eine Umverteilung zugunsten der Löhne wurden gefordert und durchgesetzt, Mitte der 1960er nahmen Streiks sprunghaft zu (Italien, Frankreich, England, USA). Die Studentenbewegung 1968 erschien den Vermögenden als „Alarmsignal“, weil viele Intellektuelle in den Medien mit ihr sympathisierten. Wenig später stellte die Ökologiebewegung den (Vergeudungs)Kapitalismus aus ihrer Perspektive in Frage. In Ländern wie Italien, Frankreich oder England konnten Unternehmer betriebliche Entscheidungen wie Kündigungen nicht mehr durchsetzen, sie wurden mit Streiks beantwortet.

Gleichzeitig wurden auch die Besitzer großer Finanzvermögen (Rentiers) zunehmend unzufrieden. Als Folge anhaltender Prosperität waren diese Vermögen enorm gewachsen, ihre Vermehrung durch lukrative Veranlagung oder Spekulation wurde aber durch niedrige Zinssätze und regulierte Finanzmärkte beschränkt. Überdies begann das Inflationstempo zu steigen.

Die Nachfrage nach Theorien, welche die Zurückdrängung von (Sozial)Staat und Gewerkschaften, die Befreiung der Finanzmärkte und den Vorrang für den Geldwert legitimieren, nahm wieder zu. Milton Friedman hatte für alle drei Anliegen Theorien im Angebot.

Schon in den frühen 1950er Jahren plädierte er für eine Liberalisierung der Finanzmärkte, da Spekulation die Kurse stabilisiere und so allen nütze. In seinem Werk „Kapitalismus und Freiheit“ stellte er 1962 fest: Individuelle Freiheit kann es nur in einer Marktwirtschaft ohne Sozialstaat geben (Friedman, 1984). Schließlich „bewies“ er, dass eine expansive Beschäftigungspolitik die Arbeitslosigkeit nicht nachhaltig unter ihre „natürliche“ Rate senken könne, sondern nur die Inflation erhöhe. Einer List der Geschichte ist zu danken, dass Friedman mit dieser Theorie just im 1968er Jahr seinen Durchbruch auf akademischer Ebene erzielte.

Noch fehlte freilich der schlagende empirische Beweis. Dieser stellte sich bald ein: 1971 entbanden sich die USA von ihrer in Bretton Woods eingegangenen Verpflichtung zur Goldkonvertibilität des Dollar, die Bildung der Wechselkurse wurde - ganz im Sinne von Friedman - den Marktkräften überlassen, der Dollar verlor 25% seines Werts. Darauf reagierten die Exporteure von Erdöl (es notiert in Dollar) mit einer drastischen Erhöhung des Ölpreises. Dies verursachte die erste globale Rezession der Nachkriegszeit, die Arbeitslosigkeit stieg und gleichzeitig auch die Inflation. Der Keynesianismus war widerlegt. Er hatte ja behauptet, man könne mit höherer Inflation eine Senkung der Arbeitslosigkeit erkaufen.

Damit wurde eine essentielle Eigenschaft neoliberaler Empfehlungen wirksam: Sie produzieren Probleme, welche Ökonomen als Bestätigung ihrer Theorien interpretieren und für eine Intensivierung ihrer Therapien nützen. So hat Friedman mit seinem Plädoyer für freie Wechselkurse indirekt zu Dollar-entwertung, Ölpreisschock und Rezession beigetragen, was er wiederum als Beweis für die Ineffizienz von Vollbeschäftigungspolitik verwertete.

In mehreren Etappen wurden die Rahmenbedingungen entsprechend den neoliberalen Empfehlungen umgestaltet, auf Grund verschiedener Rückkopplungen entstand ein sich selbst verstärkender Prozess:

- Der weitere Verfall des Dollarkurses zwischen 1977 und 1979 förderte den zweiten „Ölpreisschock“, die Inflation stieg drastisch, die Notenbanken erhöhten daraufhin die Zinsen noch stärker. Seither liegen sie permanent über der Wachstumsrate. Die Unternehmen mussten das Wachstum ihrer Investitionen zurücknehmen.
- Die Ent-Fesselung der Finanzmärkte schaffte eine Vielzahl neuer Spekulationsmöglichkeiten, insbesondere durch den Handel mit Derivaten. Dieser destabilisiert Wechselkurse, Rohstoffpreise, Zinssätze und Aktienkurse. Letztere begannen zu boomen.
- Damit stieg der Anreiz für Unternehmen zu Finanzveranlagung und -spekulation (statt realer Investition). Das Wirtschaftswachstum sank, die Arbeitslosigkeit stieg und damit auch die Staatsverschuldung, insbesondere in den europäischen Sozialstaaten.
- Diese übernahmen um 1990 das Konzept einer Regelbindung der Wirtschaftspolitik, ein Kernstück der natürlichen Ökonomie: Die Fiskalpolitik wurde den Maastricht-Kriterien unterworfen, die Geldpolitik der EZB dem Primat der Preisstabilität.
- Die Sparpolitik kürzte „natürlich“ die Ausgaben für öffentliche Investitionen und Beschäftigung sowie für die Kernbereiche des Sozialstaats. Die damit verbundene Verunsicherung der Haushalte dämpfte den Konsum.
- Dazu trug auch die Entwicklung der Löhne bei. Seit 25 Jahren steigen sie langsamer als die Produktivität, die Lohnquote sinkt, die Gewinnquote steigt.
- In gesellschaftspolitischer Hinsicht brach mit dem „realen Sozialismus“ der wichtigste „Systemkonkurrent“ des Neoliberalismus zusammen. Diese Entwicklung wurde als Bestätigung einer zentralen „Wahrheit“ und Kampflösung des Neoliberalismus herangezogen: „There is no alternative“ (Margret Thatcher).
- Die Eliten in Wissenschaft, Medien und Politik bestätig(t)en sich wechselseitig die Richtigkeit ihrer Weltanschauung. Die Vereinheitlichung des Weltbilds erscheint rückwirkend als Beweis seiner Richtigkeit

Am schlimmsten ist die Lage in Deutschland geworden. Der beispiellose Boom der Börsen (die EUREX in Frankfurt wurde zur größten Derivatbörse der Welt), die zunehmende Finanzveranlagung und -spekulation deutscher Konzerne, die Transformation der Banken von Dienstleistern für Unternehmen und Haushalte zu Spekulationskonzernen, der Rückgang der Reallöhne, das sich selbst „Zurücksparen“ des Staates, die „Reformpolitik“ gegen(über) Arbeitslosen und

prekär Beschäftigten: all diese Entwicklungen folgten den neoliberalen Leitlinien und haben einen sozialen Trümmerhaufen hervorgebracht.

Wahrnehmungsraster und Forderungen des Neoliberalismus

Folgende Merkmale charakterisieren die neoliberale Weltanschauung:

- 1) Die treibende Kraft in der Entwicklung der Individuen und in ihrer Interaktion stellt das Streben nach dem (individuellen) Eigennutz dar.
- 2) Nur die Konkurrenz von Individuen auf Märkten ermöglicht die effiziente Lösung des Problems was wie für wen produziert werden soll, also das gesamtwirtschaftliche Optimum.
- 3) Die „invisible hand“ der Marktkräfte lässt einen Widerspruch zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlichem Kalkül bzw. Ergebnis nicht entstehen, und damit letztlich auch nicht zwischen individuellem Eigennutz und sozialer Verantwortung bzw. zwischen Egoismus und Moral (auch deshalb ist die neoliberale Weltanschauung „oben“ viel beliebter als „unten“).
- 4) Die neoliberale Wirtschaftstheorie betrachtet die Akteure als rein rationale Maximierer ihrer individuellen Nutzen(funktion), Emotionen als eigenständige „Kräfte“, welche wirtschaftliches Handeln mitbestimmen, werden ausgeblendet.
- 5) Auch die Eigenschaft von Menschen als soziale Wesen, also als Mitglieder sozialer (Sub)Systeme wie Familie, Vereine, Interessensverbände oder des (Sozial)Staates werden nicht berücksichtigt.

Auf Grundlage dieser (eingeschränkten) Sicht und der ihr entsprechenden Annahmen wurden Gleichgewichtsmodelle entwickelt, deren spezifische Konstruktion die Ableitung folgender Schlussfolgerungen ermöglichte, welche neoliberalen Ökonomen als wissenschaftliches Fundament ihrer politischen Hauptforderungen dienen:

- 1) Der Staat und die Akteure auf freien Märkten sind „Gegner“, je mehr sich der Staat von sozialen und wirtschaftlichen Tätigkeiten zurückzieht, desto besser für alle.
- 2) Der Primat von Markt/Ökonomie über Staat/Politik impliziert, dass die gesellschaftliche Entwicklung stärker von den (ungleich verteilten) „Geldstimmen“ bestimmt werden soll als durch einen demokratisch legitimierten, politischen Entscheidungsprozess (in dem die Stimmen gleich verteilt sind).

- 3) Der Staat soll sich jeglicher Eingriffe in das Spiel der Marktkräfte enthalten, im Besonderen wendet sich der Neoliberalismus gegen Vollbeschäftigungspolitik und soziale Sicherungssysteme (Kranken-, Pensions- und Arbeitslosenversicherung).
- 4) Staatliche Aktivitäten sollen sich auf wenige Ziele beschränken: die innere und äußere Sicherheit als öffentliche Güter, die Stabilität des Geldwerts sowie ein ausgeglichenes Budget und damit stabile Staatsfinanzen.
- 5) Der Neoliberalismus lehnt jegliche Regulierung der Finanzmärkte ab, die Bildung von Wechselkursen, Rohstoffpreisen, Zinssätzen und Aktienkursen muss den Marktkräften überlassen werden.
- 6) Der Neoliberalismus lehnt jede Form der Organisation von Interessen durch Verbände (wie Gewerkschaften) ab, und erst recht das Streben nach einem Interessenausgleich durch Korporatismus, insbesondere zwischen den Interessensverbänden von Unternehmern und Arbeitnehmern.
- 7) Die wichtigsten Ursachen für Arbeitslosigkeit sind ein zu hohes Lohnniveau (einschließlich der Sozialbeiträge als Lohnnebenkosten) sowie die Unterstützungszahlungen für Arbeitslose; somit sind die Gewerkschaften selbst sowie der Sozialstaat die Hauptschuldigen am Anwachsen dieses Problems.
- 8) Die Hauptursache für die steigende öffentliche Verschuldung ist der „ausufernde“ Sozialstaat; deshalb muss eine erfolgreiche Sparpolitik in erster Linie die Ausgaben für das Gesundheits-, Pensions- und Bildungswesen sowie für die Arbeitslosen kürzen.

Der Neoliberalismus im Kontext der wirtschaftswissenschaftlichen Schulen

Vereinfachend kann man zwei Grundtypen wirtschaftswissenschaftlicher Schulen unterscheiden, deren Wechsel in der Rolle eines Paradigma die ökonomische Dogmengeschichte prägte:

- Die „Laissez-faire-Doktrinen“ gehen davon aus, dass die „unsichtbare Hand“ des Marktmechanismus die individuellen „Eigennütze“ koordiniert und so ein einzel- und gesamtwirtschaftlich effizientes Ergebnis hervorbringt. Eine kapitalistische Marktwirtschaft wird daher als ein sich selbst stabilisierendes System betrachtet. Das Spektrum der „Laissez-faire-Theorien“ reicht vom klassischen Liberalismus (Adam Smith, David Ricardo, Jean-Baptiste Say, John Stuart Mill) bis zum Neoliberalismus eines Friedman oder Hayek.

- Die „Krisentheorien“ gehen davon aus, dass eine kapitalistische Marktwirtschaft auf Grund ihrer Eigendynamik Krisen produziert. Allerdings unterscheiden sich die einzelnen „Schulen“ erheblich. So führt nach Karl Marx der (unversöhnliche) Gegensatz zwischen Kapitalisten und Proletariern unweigerlich zu immer schwereren Krisen und schließlich zur finalen Überwindung des Kapitalismus. In schroffem Gegensatz dazu hält John M. Keynes den Kapitalismus für ein im Prinzip menschengerechtes Wirtschaftssystem. Allerdings produziert das Bestreben der Rentiers, ihre Vermögen durch Finanzspekulation zu vermehren, notwendig Krisen der Gesamtwirtschaft; diese werden durch eine Sparpolitik nach „Laissez-faire-Doktrin“ zusätzlich verschärft. Deshalb ist es Aufgabe des Staates, die Rentiers und ihre (verdeckten) Interessenvertreter wie die Zentralbanken, in die Schranken zu weisen („Euthanasie der Rentiers“) und Schwankungen der effektiven (privaten) Nachfrage durch eine antizyklische Geld- und Fiskalpolitik zu mildern.

Neoliberale Ideologen berufen sich oft auf die ökonomischen Klassiker, insbesondere auf Adam Smith, so als ob der Neoliberalismus nur eine Fortführung des klassischen Liberalismus wäre. Dies ist unrichtig. Von den oben angeführten fünf Hauptmerkmalen des Neoliberalismus treffen nur die beiden erstgenannten auch auf den klassischen Liberalismus zu: der individuelle Eigennutz als treibende Kraft wirtschaftlicher Dynamik und die effiziente Koordination der „Eigennütze“ durch die „invisible hand“ der Märkte. Ansonsten bestehen geradezu fundamentale Unterschiede (zu den unterschiedlichen Sichtweisen am Beispiel von Smith und Mill einerseits und Hayek andererseits siehe Rothschild, 2004).

Der klassische Liberalismus berücksichtigte die Interessen der Bürger nicht nur als Individuen, sondern auch als soziale Wesen (ausgestattet mit „moral sentiments“), und damit auch als Mitglieder sozialer Gruppen bzw. Klassen, er begriff sich selbst daher als „politische Ökonomie“. Der Neoliberalismus (aner)kennt hingegen Menschen nur in ihrer Eigenschaft als Individuen, er stellt eine gewissermaßen eine „unpolitische Ökonomie“ dar.

Dementsprechend lehnt der Neoliberalismus das Streben nach Zielen jenseits ökonomischer Effizienz, wie etwa nach sozialer Gerechtigkeit, strikt ab. Für den klassischen Liberalismus haben solche Ziele hingegen große Bedeutung. Denn eine Marktwirtschaft kann zwar das Problem ökonomischer Effizienz am besten lösen, nicht aber andere zentrale Fragen der Organisation einer Gesellschaft.

Der klassische Liberalismus stellt (sich) diese(n) Fragen, er ist deshalb auch eine „gesellschaftliche Moralphilosophie“. Der Neoliberalismus orientiert sich hingegen an der (vermeintlichen) „Wertfreiheit“ der Naturwissenschaften.

Seine Fokussierung auf das durch die Marktprozesse hervorgebrachte Faktische lässt Fragen wie etwa „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ erst gar nicht aufkommen bzw. sinnlos erscheinen. Dementsprechend ist wirtschaftliche Entwicklung im neoliberalen Weltbild in hohem Maß Resultat sozialdarwinistischer Selektion der Tüchtigeren. Eine andere soziale Welt als die von neoliberalen Grundsätzen geprägte kann/darf nicht gedacht und schon gar nicht - konstruktivistisch – angestrebt werden: „There is no alternative“ (TINA).

Allgemein lässt sich das Spektrum wirtschaftswissenschaftlicher „Schulen“ durch zwei „Pole“ umreißen. Diese werden durch die Antworten auf drei Grundfragen charakterisiert: Welches Menschenbild liegt der Theorie zugrunde? Wo werden die Weichen für gesellschaftliche Prozesse gestellt („Entscheidungszentrum“)? Welches ist das wichtigste Medium, durch das gesellschaftliche Macht ausgeübt wird?

Der eine (kapitalistisch-marktwirtschaftliche) Pol ist dadurch gekennzeichnet, dass die Menschen nur in ihrer Eigenschaft als Individuen wahrgenommen werden, dass nicht nur die ökonomische, sondern auch die soziale und politische Entwicklung durch Marktprozesse geprägt werden, und dass deshalb der Besitz von Vermögen („Geldstimmen“) zum wichtigsten Medium der Machtausübung wird. Der staats(plan)wirtschaftlich-sozialistische Pol betrachtet umgekehrt den Menschen nur in seiner Eigenschaft als soziales Wesen (insbesondere als Mitglied einer Klasse), das Entscheidungszentrum für gesellschaftliche Prozesse liegt beim Staat, Macht wird primär durch die Staatsgewalt ausgeübt.

Positioniert man die unterschiedlichen „Schulen“ innerhalb dieses Spektrums, so liegt der Neoliberalismus direkt beim (rechten) kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Pol, rechts vom Zentrum ist der klassische Liberalismus anzusiedeln, links davon der Keynesianismus sowie korporatistische Konzepte wie die Katholische Soziallehre oder das Europäische Sozialmodell. Beim (linken) staatswirtschaftlich-sozialistischen Pol liegen die „Schulen“ des Marxismus, für die der Staat das Instrument der „Diktatur des Proletariats“ ist.

Der „Totalitätsanspruch“ des Neoliberalismus

Neoliberale Theoretiker, insbesondere jene der Schule von Chicago beanspruchen, mit ihrer Weltanschauung nicht nur die wichtigsten Zusammenhänge im Wirtschaftsleben erklären zu können, sondern auch die Interaktion der Menschen schlechthin (diesen Ansatz hat insbesondere der Nobelpreisträger Gary S. Becker entwickelt – siehe 1976 und 1996). So würde die Logik der Maximierung des individuellen Nutzens bei umfassender Konkurrenz („je-

der gegen jeden“) alle wesentlichen Entscheidungen, Institutionen bzw. Verhaltensweisen im Zusammenleben von Menschen prägen wie etwa die Wahl eines Lebenspartners (vorzugsweise aus der gleichen sozialen Schicht zwecks Maximierung des Vermögens), die Institution der Ehe (eine Firma zwecks Kinderzeugung) oder das Sorgen der Kinder um ihre alt gewordenen Eltern (letztere haben in der Erziehung durch „investment in guilt“ darauf geachtet, dass die Kinder später ein schlechtes Gewissen bekämen, wenn sie sich nicht um die Eltern kümmern – indem sie das dann tun, handeln sie eigennützig, weil sie ihr Gewissen beruhigen).

Der „Totalitätsanspruch“ des Neoliberalismus kombiniert mit seinem einseitig-individualistischen Menschenbild macht ihn zu einer Ideologie, welche die Grundbedingungen menschlicher Existenz vernachlässigt und daher nicht „lebbar“ ist. Denn die „conditio humana“ ist wesentlich von Widersprüchen geprägt: Die Eigenschaften von Menschen können sich daher nur dann entfalten, wenn die „Spannung“ der verschiedenen Widersprüche oder Polaritäten genützt und diese gleichzeitig bewahrt werden. Folgende widersprüchliche Eigenschaften/Haltungen/Verhaltensweisen prägen die „conditio humana“:

- Eigennutz und Altruismus (Solidarität kann als „sozialer Eigennutz“ verstanden werden und damit als Versuch, beide Pole zu integrieren)
- Individualismus und soziale Eingebundenheit
- Konkurrenz- und Kooperationsverhalten
- Rationalität und Emotionalität
- Materielle und immaterielle Bedürfnisse

Im Hinblick auf die Interaktion von Menschen kann man zwei „Cluster“ von (verwandten) Polen unterscheiden:

- Altruismus/Solidarität kombiniert mit sozialer Eingebundenheit und Kooperationsverhalten (plus Emotionalität als etwas mehr entfernter „Verwandter“).
- Eigennutz kombiniert mit Individualismus und Konkurrenzverhalten (plus Rationalität).

Welcher der beiden Pole die Interaktion zwischen Menschen dominiert, hängt von den unterschiedlichen (konzentrisch angeordneten) Lebensbereichen ab:

- Partnerschaft/Familie
- Freundeskreis/Nachbarschaft
- Organisationen der „Zivilgesellschaft“: Vereine, NGOs etc.
- Unternehmen intern
- Markt (Unternehmen extern)
- Gesamtwirtschaft
- Staat/Politik bzw. Politik/Ökonomie
- Weltökonomie/Weltgesellschaft

Im Lebensbereich Familie wird etwa die Interaktion und damit das Zusammenleben besser gelingen, wenn es von solidarisch-kooperativem Verhalten geprägt wird, und nicht primär von Eigennutz und Konkurrenz. Das Gegenteil gilt für das Subsystem Markt: Zu diesem „passen“ Eigennutz und Konkurrenz als „Triebkräfte“, nicht aber Altruismus und Kooperation (Absprachen von Anbietern und noch mehr Kartelle widersprechen der Marktlogik sogar diametral). Innerhalb eines Unternehmens hängt ein erfolgreiches Wirtschaften entscheidend davon ab, ob eine Balance gefunden bzw. organisiert werden kann zwischen Konkurrenz zwecks Steigerung des Leistungsanreizes der einzelnen Mitarbeiter einerseits, und Teamfähigkeit zwecks Steigerung der kollektiv erbrachten Leistungen.

Auf Grund dieser Zusammenhänge zwischen den spezifischen Aufgaben eines Subsystems und den entsprechenden Anforderungen an das Interaktionsverhalten von Menschen ließe sich folgende Beziehung vermuten: Je größer ein Subsystem ist und je weiter es daher über den persönlichen Lebensbereich hinausgeht, desto geringere Bedeutung hat die Rolle des sozial-kooperativen Verhaltens relativ eigennützig-konkurrenzgeprägter Interaktion. Diese Vermutung ist jedoch falsch, wie das Beispiel der Interaktion von Staaten im Rahmen der globalen Wirtschaft bzw. der Weltgesellschaft zeigt: Ein dominant nicht-kooperatives Verhalten von Volkswirtschaften oder Staaten im Verhältnis zueinander führt in letzter Konsequenz zu wirtschaftlichen oder militärischen Konflikten und verhindert so eine erfolgreiche Entwicklung des Globalsystems (ein Vergleich der internationalen Beziehungen während und nach der Weltwirtschaftskrise einerseits und in der Nachkriegszeit andererseits verdeutlicht diesen Zusammenhang).

Selbst innerhalb des Subsystems Ökonomie muss eigennützig-konkurrenzgeprägtes Verhalten lediglich auf Märkten dominieren als Voraussetzung für die Effizienz der Marktlösungen, innerhalb der Unternehmen und auf makro-ökonomischer Ebene ist es notwendig, die Prinzipien von Konkurrenz und Kooperation zu kombinieren, also das „Spannungsverhältnis“ zwischen beiden „Polen“ durch (partielle) Integration zu nützen.⁸

⁸ Das Konkurrenzprinzip ist deshalb das der Interaktion auf Märkten adäquate Prinzip, weil dadurch zweierlei erreicht wird. Erstens, das (rasche) Finden jenes Preises, bei dem Angebot und Nachfrage übereinstimmen (temporäres Gleichgewicht). Zweitens, Konkurrenz und Gewinnstreben stellen Anreize dar, den Gesamtoutput durch Investitionen und Innovationen zu erweitern und/oder zu verbessern. Die Existenz von Märkten stellt allerdings per se nicht sicher, dass beide Ziele auch erreicht werden. So dominieren auf den Finanzmärkten in wachsendem Maß kurzfristig-spekulative Transaktionen. Diese destabilisieren die wichtigsten Preise der Weltwirtschaft wie Wechselkurse, Rohstoffpreise und Aktienkurse, gleichzeitig erhöhen sie nicht den Output, sondern verteilen die Vermögen der Akteure lediglich um (Null-Summenspiele).

Im Bereich der Makroökonomie wird dies am Beispiel der Absicherung gegen Grundrisiken wie Unfall, Krankheit, Behinderung, Armut im Alter oder Arbeitslosigkeit deutlich. Sozialstaatliche Sicherungssysteme stabilisieren die Gesamtnachfrage und verbessern so die makroökonomische Performance, gleichzeitig stärken sie auch den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft. Ein Beispiel für die Notwendigkeit der Kooperation auf internationaler Ebene stellen der globale Klimawandel und seine Folgen dar: Diese Probleme können nur durch kooperative Strategien auf der Ebene der internationalen Politik bewältigt werden, nicht aber durch das Prinzip der Marktkonkurrenz.

Fazit: Um befriedigend und erfolgreich leben zu können, müssen die Gewichte von Altruismus/Solidarität, sozialer Eingebundenheit und Kooperationsverhalten einerseits und von Eigennutz, Individualismus und Konkurrenzverhalten andererseits den Anforderungen der unterschiedlichen Lebensbereiche angepasst werden. Der sozial-kooperative Pol hat in den kleinen und den großen Bereichen mehr Gewicht, der individuell-konkurrenzdominierte Pol hat im Subsystem „Markt“ einen spezifisch hohen Stellenwert, nicht aber im System „Ökonomie“ an sich.

Der Neoliberalismus vernachlässigt die vielfältige Dualität und damit Widersprüchlichkeit der Menschen als Individuen und als soziale Wesen. Seine ökonomischen Theorien sind daher zwar logisch widerspruchsfrei, können aber (gerade deshalb) nicht als Basis für die Organisation eines „menschengerechten“ Wirtschafts- und Sozialsystems dienen. Denn dieses muss mehrere Ziele verfolgen, die einander teilweise widersprechen wie Effizienz, individuelle Entfaltungsmöglichkeiten, soziale Sicherheit, Verbesserung der Umwelt, „faire“ Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie gesellschaftlicher Zusammenhalt.

Es ist daher kein Zufall, dass die historisch beste Performance in ökonomischer und sozialer Hinsicht in der ersten Hälfte der Nachkriegszeit erreicht wurde, insbesondere in Europa. Denn die Politik orientierte sich damals an einer Vielzahl von Zielen („magische Vielecke“) und versuchte somit, Widersprüche zu integrieren: Konkurrenz auf Märkten und Kooperation in der Politik (sowohl zwischen den Sozialpartnern als auch in den internationalen Beziehungen), Förderung des Unternehmertums und Ausbau des Sozialstaats, Liberalisierung der Gütermärkte (national wie international) und Regulierung der Finanz- und Arbeitsmärkte, Dominanz der Marktprozesse auf mikroökonomischer Ebene und aktive Konjunktur-, Wachstums- und Beschäftigungspolitik auf makroökonomischer Ebene.

Das theoretische Fundament dieser Politik war der Keynesianismus. In Deutschland und Österreich wurde das Prosperitätsmodell als „Soziale Marktwirtschaft“ populär. Ursprünglich war dieser Begriff von neoliberalen Ökono-

men wie Müller-Armack (1966) geprägt worden, er sollte dem durch die Weltwirtschaftskrise in Verruf geratenen Kapitalismus ein attraktives Gewand verleihen (Zinn, 1992; Schui-Blankenburg, 2002). Allerdings wurden die Befürworter der Sozialen Marktwirtschaft Opfer ihrer „flexiblen“ Begriffsschöpfung: Bei steigendem Wohlstand und wachsender Wohlfahrt wurde „Soziale Marktwirtschaft“ im allgemeinen Verständnis zu Synonym und Leitbild für die erfolgreiche Kombination von leistungsstarker Wirtschaft und umfassendem Sozialstaat.

Eine entscheidende Voraussetzung für die Prosperität in der ersten Hälfte der Nachkriegszeit war die Tatsache, dass die Finanzmärkte weitgehend reguliert und somit anders behandelt wurden als die Gütermärkte. Dies trug dazu bei, dass das unternehmerische Gewinnstreben systematisch auf realwirtschaftliche Aktivitäten gelenkt wurde, das Kernstück realkapitalistischer Rahmenbedingungen.

Neoliberalismus und Finanzkapitalismus

Unterscheidet man drei Hauptformen der Beteiligung am Produktionsprozess (Arbeit, Realkapital und Finanzkapital), und dementsprechend drei ökonomische und politische Hauptinteressen, so lassen sich folgende Zusammenhänge skizzieren (die folgenden Ausführungen folgen in verkürzter Form Schulmeister, 2004):

- Ökonomisch ist der Interessengegensatz zwischen Realkapital und Finanzkapital schärfer als zwischen Realkapital und Arbeit. Dies wird nicht nur am Verteilungskonflikt deutlich (Lohnzahlungen fließen als Konsumausgaben wieder an die Unternehmen zurück, Zinszahlungen werden hingegen in höherem Ausmaß gespart), sondern auch daran, wie sehr hohe und instabile Zinssätze und Wechselkurse die Aktivitäten auf Gütermärkten behindern (gleichzeitig erhöhen sie die Profitabilität von Finanzveranlagung und –spekulation). Arbeitnehmer und Unternehmer haben umgekehrt ein gemeinsames Interesse an einem starken Wachstum der Realwirtschaft.
- Politisch stehen jedoch die Unternehmer den Besitzern großer Finanzvermögen (Rentiers) und ihren Managern bei Banken, Versicherungen und Investmentfonds näher als den Arbeitnehmern; hierfür dürfte einerseits ein Gefühl der sozialen Zusammengehörigkeit bestimmend sein und andererseits das Denken in der traditionellen Dichotomie Arbeit versus Kapital (egal ob Real- oder Finanzkapital).

Realkapitalismus und Finanzkapitalismus stellen zwei Ausprägungen oder Regimes einer kapitalistischen Marktwirtschaft dar, die Aufschwungsphase

im langfristigen Entwicklungszyklus wird von realkapitalistischen Rahmenbedingungen geprägt, die Abschwungsphase vom Finanzkapitalismus.⁴ Die wichtigsten Komponenten bzw. Merkmale des Realkapitalismus sind:

- Es dominiert ein „Interessenbündnis“ zwischen Arbeit und Realkapital, die Interessen des Finanzkapitals werden „ruhig gestellt“.
- Das Verhältnis zwischen Unternehmerschaft und Gewerkschaften ist durch eine enge Zusammenarbeit charakterisiert.
- Staat und Markt, Konkurrenz und Kooperation werden als einander ergänzende Steuerungssysteme begriffen.
- Die Wirtschafts- und Sozialpolitik hat mehrere Ziele im Visier, insbesondere Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum, soziale Sicherheit und Chancengleichheit.
- Die Finanzierungsbedingungen fördern die Realwirtschaft: Der Zinssatz wird von den Notenbanken auf niedrigem Niveau stabilisiert, die Wechselkurse sind fest, die Rohstoffpreise stabil.
- Die Rahmen(Anreiz)bedingungen werden durch die Politik also so gesetzt, dass sich Vermögen am besten durch realwirtschaftliche Aktivitäten vermehren lassen.
- Der Realkapitalismus kann deshalb als ein „Spiel“ angesehen werden, bei dem der „Gesamtkuchen“ notwendigerweise wächst (ein solches Positivsummenspiel mildert Verteilungskonflikte erheblich).

Der Versuch einer Kombination von Markt und Staat, von Konkurrenz und Kooperation, von individueller Entfaltung und sozialer Verantwortung, und damit auch der Versuch einer Integration gesellschaftlicher Gegensätze prägte die Prosperitätsphase der Nachkriegszeit. Diese Transformation des „hässlichen Kapitalismus“ der dreißiger Jahre war nicht nur das Resultat der „Aufarbeitung“ der Weltwirtschaftskrise, sondern wurde auch durch den „Kalten Krieg“ und damit durch die Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und real existierendem Sozialismus gefördert.

Die meisten Merkmale des Finanzkapitalismus sind jenen des Realkapitalismus direkt entgegengesetzt:

- Der Finanzkapitalismus wird durch ein „Interessenbündnis“ zwischen Real- und Finanzkapital geprägt.
- Dies manifestiert sich nicht nur in der Deregulierung der Finanzmärkte, welche die wichtigsten Preise in der Weltwirtschaft destabilisiert, sondern

⁴ Eine erste Skizze des langfristigen polit-ökonomischen Entwicklungszyklus als Abfolge von real- und finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen findet sich in Schulmeister (1998). In diesem Essay wird versucht, die „stylized facts“ der „langen Wellen“ bzw. „Kondratieff-Zyklen“ (Kondratieff, 1926; Schumpeter, 1939; Mensch, 1975; Van Duijn, 1983) um die Dynamik sozialer (Dis)Innovationen zu ergänzen (dies betrifft insbesondere die Bildung ökonomischer Theorien) und mit der zyklischen Umverteilung gesellschaftlicher Macht im Sinne von Kalecki (1990) zu verknüpfen.

auch in den wirtschaftspolitischen Hauptzielen der Geldwertstabilität, „solider“ Staatsfinanzen und einer sinkenden Staatsquote (alles genuine Finanzkapitalinteressen).

- Die ideologische Basis des Finanzkapitalismus bildet der Neoliberalismus. Er legitimiert die politischen Hauptziele von Real- und Finanzkapital, die Schwächung bis Beseitigung von Sozialstaat und die Gewerkschaften (zur politischen Ökonomie der Finanzmärkte siehe Huffschild, 2002).
- Die auch von der Unternehmerschaft (teilweise) übernommene „Weltanschauung“ des Neoliberalismus und die darauf basierende Politik von Sozialabbau und Deregulierung verursacht eine zunehmende Entfremdung zwischen den ehemaligen Sozialpartnern.
- Die Verlagerung der wirtschaftspolitischen Macht von den Regierungen im Realkapitalismus zu den Notenbanken im Finanzkapitalismus kommt in Europa insbesondere in der Machtausstattung der Europäischen Zentralbank zum Ausdruck.
- Die (monetaristische) Geldpolitik der Notenbanken führt dazu, dass das Zinsniveau permanent die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate übersteigt; dies verschlechtert die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und Staat nachhaltig.
- Schwankende Wechselkurse und Rohstoffpreise, über der Wachstumsrate liegende Zinssätze und zunehmende Gewinnchancen kurzfristiger Finanzspekulation dämpfen das Wachstum der Realinvestitionen und damit der Gesamtwirtschaft; als Folge steigen Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung, was wiederum einen Abbau des Sozialstaats als „Sachzwang“ erscheinen lässt.
- Die neoliberale Ideologie wurde somit nicht durch eine (temporäre) Popularität ihrer Forderungen geschichtsmächtig, sondern durch die „Hintertür“ der Ent-Fesselung der Finanzmärkte.

Der Übergang vom Real- zu Finanzkapitalismus vollzog sich in mehreren Etappen. Anfang der siebziger Jahre wurde das Währungssystem von „Bretton Woods“ aufgegeben und die Wechselkursbildung den Marktkräften überlassen: Kurzfristig orientierte Spekulation verursacht seither enorme Kurschwankungen; da der Dollar den wichtigsten „Jeton“ darstellt, schwankt der Wert der weltwirtschaftlichen Leitwährung bei weitem am stärksten.

Die zwei ausgeprägten Abwertungen des Dollar 1971/73 und 1977/78 entwerteten die Dollarerlöse der Erdölexporture und wurden zur wichtigsten Ursache für die beiden Ölpreisverteuerungen 1973 und 1979, die nachfolgenden Rezessionen und den dadurch verursachten Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Als Folge der monetaristischen Hochzinspolitik liegt der Zinssatz seit Ende der 1970er Jahre permanent über der Wachstumsrate, während er davor darunter gelegen war (in den USA wurde diese Politik Anfang der 1990er

Jahre revidiert, nicht aber in Europa. Die Unternehmen passten sich diesem „Regimewechsel“ durch eine Reduktion ihrer Realinvestitionen relativ zu Finanzinvestitionen an. Dies dämpfte das Wirtschaftswachstum (und damit auch die Steuereinnahmen) und ließ die Arbeitslosenunterstützungen immer mehr zunehmen: Die Staatsschulden wuchsen seit Ende der siebziger Jahre rascher als das BIP, der Wohlfahrtsstaat wurde unfinanzierbar (gemacht). Während das Wachstum von Investition, Produktion und Handel auf den Gütermärkten durch hohe Zinsen und instabile Finanzierungsbedingungen gedämpft wurde, boomten die Finanzmärkte umso mehr: Im Zuge ihrer Deregulierung wurden Finanzinnovationen geschaffen (Futures, Optionen, Optionen auf Futures etc.), welche eine Vielzahl neuer Formen von Spekulation ermöglichten.

Diese erfassten alle für Investition und Produktion zentralen Preise wie Zinssätze, Wechselkurse, Rohstoffpreise und Aktienkurse.

Gefördert durch den enormen Fortschritt im Bereich der Informationstechnologien manifestierte sich der Finanzkapitalismus auf der globalen Ebene noch stärker als innerhalb der Industrieländer. Dies fand unter anderem darin seinen Ausdruck, dass alle schweren Finanzkrisen auf der internationalen Ebene auftraten, von der Schuldenkrise 1982 bis zu den Finanzkrisen in Ostasien 1997, in Russland 1998 und wenig später in Argentinien und Brasilien.

Die Krisenphase der vergangenen 30 Jahre ist somit durch ein Bündnis von Realkapital und Finanzkapital geprägt, (populär)wissenschaftlich durch den Neoliberalismus legitimiert. Politisch haben sowohl Unternehmer als auch Rentiers dadurch gewonnen: Steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Sozialleistungen und ein geschwächter Wohlfahrtsstaat drängten die Arbeitnehmer in die Defensive. Ökonomisch haben freilich auch große Teile der Unternehmerschaft verloren, insbesondere die Besitzer von Klein- und Mittelbetrieben, die nach wie vor darauf angewiesen sind, ihre Gewinne auf Gütermärkten zu machen.

Neoliberalismus und Globalisierung

Von allen umfassenden Erklärungen der sich langsam vertiefenden ökonomischen und sozialen Krise in Europa hat eine die wohl größte Popularität erlangt: „Die“ Globalisierung sei die Hauptursachen für die Notwendigkeit, die Arbeitskosten zu senken, die Sozialleistungen zu kürzen, einen ausgeglichenen Staatshaushalt herbeizuführen und den europäischen Sozialstaat insgesamt „zurückzubauen“. Diese Forderungen sind im Ergebnis die gleichen wie jene der neoliberalen Wirtschaftstheorie, doch werden sie aus einem anderen „Sachzwang“ abgeleitet, dem „Ausgeliefertsein“ sozialstaatlich

organisierter Volkswirtschaften an den permanent steigenden Konkurrenzdruck in einem globalisierten Wirtschaftssystem.

Eine Vielzahl (suggestiver) Fallbeispiele, insbesondere über Standortverlagerungen aus europäischen Industrieländern in Niedriglohnländer lässt die These von der „Globalisierungsfalle“ plausibel erscheinen, doch schon ein erstes Reflektieren einfacher makroökonomischer Beobachtungen lässt erhebliche Zweifel aufkommen:

- Innerhalb der EU hat sich die ökonomische und soziale Krise in den vergangenen 15 Jahren am stärksten in Deutschland vertieft. Gleichzeitig hat die größte Volkswirtschaft in der EU einen geradezu spektakulär steigenden Überschuss in seiner Leistungsbilanz erzielt.
- Überdies konnte Deutschland trotz seines hohen Lohnniveaus seine Exporte stärker steigern als die meisten Konkurrenzländer.
- Der Gewinn von Exportmarktanteilen geht einher mit einem anhaltenden Rückgang der Lohnquote und dementsprechend mit einem ausgeprägten Anstieg der Gewinnquote. Anders gesagt: Von allen Kostenkomponenten sind die Gewinnstückkosten in Deutschland am stärksten gestiegen.

Diese Beobachtungen widersprechen der These von der „Globalisierungsfalle“; wäre etwa der Konkurrenzdruck auf den internationalen Gütermärkten derart groß, so müssten die Marktanteile und/oder die Gewinnquoten sinken – tatsächlich sind aber gerade im Krisenland Deutschland beide gestiegen. Es drängt sich deshalb die Vermutung auf, dass die „Globalisierungsfalle“ nicht eine Erklärung der Krise darstellt, sondern ein „Drohpotential“, mit dem die neoliberalen Ziele durchgesetzt werden sollen. Dies möchte ich im Folgenden zeigen.

Die Dominanz des neoliberalen Weltbilds hat über zwei „Kanäle“ die Krise vertieft. Erstens unterminiert die Schwächung des Sozialstaats, motiviert durch eine Sparpolitik nach dem Motto „Mehr privat, weniger Staat“, das Vertrauen der BürgerInnen in das Europäische Sozialmodell und lässt die Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Entfaltungschancen steigen. Beide Entwicklungen dämpfen die Binnennachfrage, insbesondere den Konsum, und damit das Wirtschaftswachstum. Die Investitionsdynamik wird überdies durch die neoliberal-finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen beeinträchtigt (Unternehmen verlagern ihr Gewinnstreben zu Finanzveranlagung und -spekulation). Zweitens bewirkte die „Offensive“ der neoliberalen Ideologie, dass sich in den vergangenen 30 Jahren eine spezifische Form der Globalisierung durchsetzte, welche durch zwei Entwicklungen charakterisiert wird: Das Steuerungssystem Markt gewinnt gegenüber dem Steuerungssystem Politik an Bedeutung, und innerhalb des Systems der internationalen Märkte dominieren die Finanzmärkte gegenüber den Gütermärkten. Zunächst einige Begriffsklärungen. Globalisierung ist die fortschreitende Ver-

netzung von Regionen und Ländern zu einem zunehmend interdependenten Gesamtsystem durch primär ökonomische Prozesse wie

- Technologie, insbesondere im Verkehrs- und Kommunikationswesen (technisch-ökonomisches System),
- Supranationale Gütermärkte (Rohstoffe, insbesondere Erdöl) und Finanzmärkte (Devisen),
- Außenhandel mit Gütern und Dienstleistungen,
- Tourismus,
- Segmentierung der Produktionsprozesse durch Direktinvestitionen und Unternehmensbeteiligungen, vorangetrieben von
- Transnationalen Konzernen.

Die Globalisierungsdynamik wird zusätzlich gesteigert durch Kommunikationssysteme (Internet, Satelliten-TV) und durch die Zunahme kultureller Verflechtungen, gefördert durch die kulturelle Hegemonie eines Landes wie etwa jene der USA (MacDonald, Disney-Produktionen, Hollywood, etc).

Die Ausprägung der Globalisierung als US-Amerikanisierung wird auch durch die Notwendigkeit gemeinsamer Standards in einer globalisierten Wirtschaft und Gesellschaft forciert (Englisch als Weltsprache, Microsoft-Betriebssysteme, etc.). Schließlich kann Globalisierung auch durch das „System Politik“ gestaltet und vorangetrieben werden wie in der ersten Hälfte der Nachkriegszeit.

Nach dieser Sichtweise ist Globalisierung ein Prozess, der im Wesentlichen mit Beginn der Neuzeit einsetzte, sein Tempo und seine konkrete Ausprägung ändern sich in Abhängigkeit von der technologischen Entwicklung (insbesondere im Bereich des Verkehrs und der Kommunikation), vom wirtschaftswissenschaftlichen Paradigma (insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis von Ökonomie und Politik, Markt und Staat sowie Real- und Finanzkapital) sowie vom Aufstieg und Fall von Weltmächten (multipolare, bipolare oder hegemoniale Machtverteilung).

Entsprechend der Dichotomie von Politik und Ökonomie bzw. von Staat und Markt muss zwischen der Globalisierung des „Systems Markt“ und der Globalisierung des „Systems Politik“ unterschieden werden. Letztere wird in der von der neoliberalen Weltanschauung geprägten Globalisierungsdebatte vernachlässigt. Daher die wichtigsten Bereiche einer Globalisierung des „Systems Politik“:

- Wirtschaftspolitik (Weltwährungssystem, GATT, UNCTAD, UNIDO; Regulierung der Finanzmärkte, Marshall-Plan, Entwicklungshilfe, europäische Integration)
- Globale („Außen“)Politik (UNO als „Plattform“)
- Umweltpolitik (Kyoto)

- Labor relations (ILO)
- Gesundheitswesen (WHO)
- Kulturpolitik (UNESCO).

Die Globalisierung des „Systems Markt“ und der Unternehmen konzentriert sich auf die Gütermärkte (Außenhandel), die Direktinvestitionen und den Handel mit Dienstleistungen, insbesondere Finanzdienstleistungen.

Vor dem Hintergrund der Nachkriegsgeschichte lassen sich zwei Typen von Globalisierung unterscheiden. Ausgangsbedingung für die Entwicklung des Globalisierungstyp I war die Aufarbeitung der Weltwirtschaftskrise und ihrer globalen Folgen. Daraus ergaben sich verschiedenen Entwicklungen, welche in ihrer Gesamtheit diesen Globalisierungstyp I charakterisierten. Er prägte die globale Entwicklung zwischen 1950 und 1973:

- Die Dominanz des Keynesianismus trug dazu bei, dass die Politik auch auf globaler Ebene das Wachstum von Handel und Produktion förderte, insbesondere durch ein System fester Wechselkurse (Bretton Woods), durch kooperative Wachstumsstrategien wie den Marshall-Plan (bzw. die in den 1960er Jahren forcierte Entwicklungshilfe), durch die schrittweise Liberalisierung der internationalen Gütermärkte (GATT-Runden) und insbesondere durch eine Regulierung der Finanzmärkte.
- Wie innerhalb der einzelnen Länder wurde das Gewinnstreben auch auf globaler Ebene auf die Realwirtschaft fokussiert, insbesondere auf Handel und Direktinvestitionen.
- Auch in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen wurde eine Balance zwischen den beiden Steuerungssystemen Markt und Politik angestrebt.
- Die technologische Entwicklung innerhalb der Industrieländer war durch die fordistische Massenproduktion charakterisiert, diese „passte“ zum keynesianischen Konzept einer Stärkung der Massenkaufkraft (Kohärenz von technischer und sozialer Innovation).
- Auf Grund zu großer Unterschiede im Entwicklungsniveau sowie der politischen Trennung in Ost und West erstreckte sich die realwirtschaftliche Globalisierung nur auf Teile der Welt, insbesondere auf die Industrieländer in Europa, Nordamerika und Asien.
- Die weltpolitischen Rahmenbedingungen waren durch die Systemkonkurrenz zwischen West und Ost und damit durch eine Bipolarität gekennzeichnet (es existierte kein Hegemonialmacht).

Der Globalisierungstyp II entwickelte sich seit Anfang der 1970er Jahre im Zusammenhang mit der zunehmenden Dominanz des Neoliberalismus:

- Das Prinzip der Marktkonkurrenz gewann auch auf globaler Ebene an Bedeutung relativ zum Prinzip einer kooperativen Politik. Staaten und Volkswirtschaften begreifen sich immer mehr als Firmen, die sich im globalen Wettbewerb bekämpfen müssen.

- Die „Entpolitisierung“ des Globalisierungsprozesses zeigt sich am Fehlen kooperativer Wachstumsstrategien ebenso wie an der Aufgabe des Systems von Bretton Woods (statt dieses zu einem stabilen, genuin supranationalen Weltwährungssystem weiterzuentwickeln).
- Die schrittweise Deregulierung der internationalen Finanzmärkte und die Schaffung neuer Spekulationsinstrumente (Derivate und ihre vielfältigen Kombinationen) trugen wesentlich zur Instabilität von Wechselkursen oder Rohstoffpreisen bei. Dies förderte die Verlagerung des Gewinnstrebens von Handel und (Direkt)Investitionen zu internationaler Finanzveranlagung und -spekulation.
- Die starken Schwankungen von Wechselkurs und Zinssatz des Dollar als nunmehr instabiler Weltwährung wurden zur Hauptursache für jene Krise, welche die Dynamik der Weltwirtschaft am stärksten beeinträchtigte: die beiden „Ölpreisschocks“ der 1970er Jahre, die Schuldenkrise 1982 sowie die Finanzkrisen in Ostasien, Russland und Südamerika in den späten 1990er Jahren (siehe dazu Schulmeister, 2000).
- Die technologische Entwicklung wurde vom enormen Innovationsschub bei Information und Kommunikation geprägt. Es gelang allerdings nicht, diese technischen Innovationen (und die damit ermöglichten Produktivitätssteigerungen) durch komplementäre soziale Innovation (z.B.: Arbeitszeitmodelle) gesellschaftlich zu integrieren.
- Überdies förderten die neuen Informationstechnologien durch stetig verbesserte „trading software“ die Finanzspekulation und durch das Internet ihre Globalisierung.
- Immer mehr Entwicklungsländer werden zu potentiellen Produktionsstandorten, angesichts hoher Arbeitslosigkeit verschärft dies den Standortwettbewerb erheblich.
- Zunächst waren die weltpolitischen Rahmenbedingungen weiterhin durch Bipolarität gekennzeichnet. In den 1980er Jahren intensivierten allerdings die USA ihre Strategie, diese Bipolarität zu überwinden und damit globale Hegemonie zu erlangen (unter anderem durch ein „Zu-Tode-Rüsten“ der UdSSR).

Mit dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ erlangten die USA die politische Hegemonie und der Neoliberalismus die ideologische Hegemonie. Der Kapitalismus wird (temporär) unangreifbar, das neoliberale Credo bzw. Dictum „There is no alternative“ (TINA) scheint endgültig bestätigt, intellektuelle Berühmtheiten wie Francis Fukuyama verkünden „Das Ende der Geschichte“ und werden dafür mit hohen Auflagen belohnt. Diskreditiert sind nicht nur die Theorien und Institutionen, welche in marxistischer Tradition aufgebaut wurden, sondern auch jene der Sozialdemokratie (insbesondere auch der Sozialstaat). Kurz gesagt: Das Spektrum der Weltanschauungen verschiebt sich nach rechts. Die Sozialdemokratie reagiert darauf teilweise mit einer Verleugnung ihrer Traditionen und Grundwerte, einzelne Führer

gebärden sich als neoliberale Musterschüler (wie Tony Blair oder Gerhard Schröder).

Unter diesen Bedingungen „verschärft“ sich der Globalisierungstyp II, er wird kenntlich als „Globalisierung des Neoliberalismus“. Von dieser Entwicklung wird die EU am stärksten erfasst. Das weiterhin über der Wachstumsrate liegende Zinsniveau und die schwache Investitionsdynamik als Folge finanzkapitalistischer Rahmenbedingungen dämpfen das Wirtschaftswachstum und lassen die Staatsverschuldung steigen. Daraufhin werden 1992 die Maastricht-Kriterien beschlossen und 1997 im Stabilitäts- und Wachstumspakt fortgeschrieben. Sie erzwingen eine Sparpolitik, welche insbesondere die vier Hauptsäulen des Sozialstaats schwächen, das Gesundheitswesen, die Arbeitslosenversicherung, das Pensionssystem und das Bildungswesen (ähnliches gilt für die Dienstleitungen der Daseinsvorsorge, welche in zunehmendem Maß privatisiert werden).

Die USA komplettieren ihre Rolle als globaler Hegemon, indem sie auch im Bereich der Ökonomie erstmals in der Nachkriegszeit das höchste Wirtschaftswachstum aller Industrieländer realisieren: Dazu hat die Rückkehr zu einer pragmatisch-keynesianischen Makropolitik entscheidend beigetragen, die Geld- und Fiskalpolitik folgt seit 15 Jahren einem ausgeprägt antizyklischem Kurs (siehe dazu Schulmeister, 2005).

Ein Vergleich der verschiedenen Ausprägungen der Globalisierung in der Nachkriegsgeschichte lässt folgende Schlussfolgerungen zu:

- Nicht „die“ Globalisierung an sich ist eine Hauptursache der ökonomischen und sozialen Krise in Europa, sondern jene Form, welche sie in den vergangenen 30 Jahren angenommen hat.
- Dieser Globalisierungstyp II entwickelte sich aus der wachsenden Dominanz des Neoliberalismus, er stellt somit die dieser Ideologie entsprechende Form von Globalisierung dar.
- Die Globalisierung der vergangenen 30 Jahre war daher durch ähnliche Merkmale charakterisiert wie die Entwicklung innerhalb der meisten (Industrie)Länder: Dominanz des „Systems Markt“ über das „System Politik“ und damit auch der Konkurrenz von Staaten bzw. Volkswirtschaften über internationale Kooperation, innerhalb des „Systems Markt“ Dominanz der Finanzmärkte über die Gütermärkte.
- Markantester Ausdruck dieser finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen auch auf globaler Ebene ist die Instabilität von Wechselkursen, insbesondere die Instabilität des Dollar als Weltwährung, sowie die damit zusammenhängende Instabilität der Rohstoffpreise, insbesondere des Ölpreises.

Ausblick

Die schrittweise Umgestaltung der Rahmenbedingungen auf nationaler, europäischer und globaler Ebene entsprechend der neoliberalen Weltanschauung stellt die wichtigste Ursache der sich langsam vertiefenden ökonomischen und sozialen Krise dar. Am stärksten beeinträchtigt wurde dadurch das Europäische Sozialmodell, da es in viel höherem Ausmaß auf Vollbeschäftigung und damit auf realkapitalistische Rahmenbedingungen angewiesen ist als das US-amerikanische Modell. Gleichzeitig prägt der Neoliberalismus die Weltanschauung der Eliten in Wissenschaft, Medien und Politik in Europa viel stärker als etwa in den USA. Diese verstehen die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik als Therapien für eine Krankheit, für deren zentralen Herd sie den Sozialstaat halten. Deshalb wird sich die Krise in Europa, und insbesondere in Deutschland, weiter vertiefen. Denn Therapeuten, die selbst die Krankheit übertragen, erkennen diesen Zusammenhang zuallerletzt. Bis dahin werden sie vielmehr die Dosis erhöhen.

Literaturhinweise

- Becker, G. S., *The Economic Approach to Human Behaviour*, Chicago – London, 1976.
- Becker, G. S., *Accounting for Tastes*, Cambridge, Mass., 1996.
- Dixon, K., *Die Evangelisten des Marktes*, Universitätsverlag Konstanz, Konstanz 2000.
- Fleck, L., *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache*, Bern, 1935.
- Friedman, M., „The Role of Monetary Policy“, *American Economic Review*, April 1968 (58).
- Friedman, M., *Kapitalismus und Freiheit*, Frankfurt, 1984.
- George, S., „How to Win the War of Ideas“, *Dissent*, 44(3), 1997.
- Galbraith, J.K., *What is the American Model Really About?*, Levy Institute, Public Policy Brief Series No72, 2003.
- Gramsci, A., *Quaderni del Carcere*, Istituto Gramsci, 4 volumi, Torino, 1975.
- Hall, P.A., Soskice, D. (Hrsg.), *Varieties of Capitalism – The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Oxford University Press, 2001.
- Hayek, F. A., „The Use of Knowledge in Society“, *American Economic Review*, 35(4), 1945.
- Hayek, F. A., *Der Weg zur Knechtschaft*, Rentsch, Zürich, 1948.
- Huffschmid, J., *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*, 2. Auflage, VSA-Verlag, Hamburg, 2002.
- Kalecki, M., „Political Aspects of Full Employment“, *Collected Works of Michal Kalecki*, Vol. I, Claredon Press, Oxford, 1990.

- Keynes, J.M., *The General Theory of Employment, Interest, and Money*, London, 1936.
- Kindleberger, C.P., *Manias, Panics and Crashes, A History of Financial Crises*, 3rd Edition, John Wiley and Sons, Inc., New York, 1996.
- Kondratieff, N. D., „Die langen Wellen der Konjunktur“, *Archiv für Sozialwissenschaften*, 56, 1926.
- Mankiw, N. G., „U.S. Monetary Policy during the 1990s“, *National Bureau of Economic Research, Working Paper 8471*, Cambridge, MA, 2001.
- Mensch, G., *Das technologische Patt*, Frankfurt, 1975.
- Minsky, H.P., „The Financial-Instability Hypothesis: Capitalist processes and the Behavior of the Economy“, in Kindleberger, C.P., Laffargue, J.-P. (Eds.), *Financial Crises, Theory, History and Policy*, Cambridge, Cambridge University Press, 1982, 13-38.
- Müller-Armack, A., *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik*, Freiburg, 1966.
- Rothschild, K., „Reflections on an anniversary – Friedman's *Capitalism and Freedom*“, *Journal of Economic Studies*, 30(5), 2003.
- Rothschild, K., *Die politischen Visionen großer Ökonomen*, Stämpfli Bern, Wallstein Göttingen, 2004.
- Schui, H., Blankenburg, S., *Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis*, VSA-Verlag, Hamburg, 2002.
- Schulmeister, S., „Der polit-ökonomische Entwicklungszyklus der Nachkriegszeit“, *Internationale Politik und Gesellschaft*, Friedrich-Ebert-Stiftung, 1998(1).
- Schulmeister, S., „Globalization without global money: the double role of the dollar as national currency and as world currency“, *Journal of Post Keynesian Economics*, 2000, 22(3).
- Schulmeister, S., „Der Finanzkapitalismus, die Wachstumskrise und das Europäische Modell“ in Hein, E., Heise, A., Truger (Hrsg.), *Finanzpolitik in der Kontroverse*, Metropolis-Verlag, Marburg 2004.
- Schulmeister, S., „Die ausgeblendeten Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise“, in Chaloupek, G., Heise, A., Matzner, G., Roth, W., *Sisyphus als Optimist: Versuche zu zeitgemäßer politischer Ökonomie*, Weiter-Denkmal in Memoriam Egon Matzner, VSA-Verlag, Hamburg, 2005.
- Schumpeter, J., *Business Cycles*, McGraw Hill, New York, 1939.
- Tichy, G. (2003A), „Wirtschaftsverfassung als Wettbewerbsinstrument“ in Weinzierl, R. (Hrsg.), *Hegemonie des American Way of Life oder europäischer Weg?*, Löcker Verlag, Wien, 2003.
- Tichy, G. (2003B), „Die Risikogesellschaft – Ein vernachlässigtes Konzept in der europäischen Stagnationsdiskussion“, Mimeo, November 2003, http://www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_03_02.pdf.
- Van Duijn, J., J., *The Long Wave in Economic Life*, London-Boston-Sydney, 1983.
- Zinn, K. G., *Soziale Marktwirtschaft*, B.I.-Taschenbuchverlag, Mannheim, 1992.